

## "Alles oder nichts" in Die Zeit (12. Juni 1992)

**Quelle:** Die Zeit. 12.06.1992, Nr. 25. Hamburg.

**Urheberrecht:** (c) Klaus-Peter Schmid / Die Zeit

**URL:** [http://www.cvce.eu/obj/"alles\\_oder\\_nichts"\\_in\\_die\\_zeit\\_12\\_juni\\_1992-de-8c37d449-1064-4360-acde-24bb842a0fc5.html](http://www.cvce.eu/obj/)

**Publication date:** 17/09/2012

## Die Dänen sollen in Brüssel keinen Sonderstatus erhalten

### Alles oder nichts

Wenige Tage nach dem dänischen Schock ist von der anfänglichen Ratlosigkeit in Brüssel nicht mehr viel zu spüren. Das von den zwölf Außenministern in Oslo ausgegebene Motto „Wir machen weiter wie bisher“ wird in der EG-Kommission beherzigt.

Die Fachleute unterstellen unverändert, daß bis zum Jahresende zwölf Länder die Maastrichter Verträge ratifiziert haben. „Wir lassen uns von dem dänischen Zwischenfall nicht beeinträchtigen“, versichert ein hoher Beamter der Kommission und fügt hinzu, wenn jemand Sandkastenspiele für andere Eventualitäten anfangen würde, erhielte er schnell die Anweisung, damit aufzuhören. Äußerste Konzession an die Dänen: Falls sie länger für die Vorbereitung eines neuen Referendums brauchten, könne man den Termin des Inkrafttretens der Verträge ins kommende Jahr hineinverschieben. Diese Eventualität ist übrigens im Vertragstext vorgesehen.

Was aber passiert, wenn die Dänen nicht so wollen wie ihre elf Partner, wenn sich gar weitere Länder verweigern?

Juristisch ist eindeutig, daß die Unionsverträge mit elf Unterschriften ungültig bleiben. Sie haben die Qualität einer Änderung der Römischen Verträge von 1957, und die muß einstimmig erfolgen. Die Elf können also nicht einfach beschließen, allein weiterzumachen. Ausgeschlossen ist auch die Möglichkeit, daß Dänemark von einer Mehrheit aus der Europäischen Gemeinschaft ausgeschlossen wird. Es müßte dem eigenen Ausschluß zustimmen. Natürlich lassen sich Modelle konstruieren, in denen Dänemark EG-Mitglied auf der Basis der Einheitlichen Akte von 1986 bleibt, also die heute existierenden Institutionen und die bisherigen Vereinbarungen einschließlich des Binnenmarktes akzeptiert, während seine Partner die Union mit einheitlicher Währung samt gemeinsamer Außen- und Sicherheitspolitik praktizieren. Doch damit bliebe Dänemark das einzige Mitglied der alten Europäischen Gemeinschaft, seine Anbindung an die neue Union der Elf stieße auf ungeheure praktische Probleme.

Wie soll zum Beispiel der Ministerrat arbeiten? Ist es denkbar, daß der Vertreter Dänemarks vor die Tür geschickt wird, sobald ein Thema ansteht, das nach Maastricht eine andere Qualität hat als vorher? Dabei geht es nicht nur um Außen- und Sicherheitspolitik, sondern um Industriepolitik, Forschungspolitik, Sozialpolitik, Währungspolitik, Umweltpolitik und vieles andere.

Welchen Beitrag hätte Kopenhagen zum Budget der Gemeinschaft zu leisten, das völlig neue Aufgaben (wie den Kohäsionsfonds) finanziert?

Dürften die Dänen weiter Abgeordnete ins Europäische Parlament entsenden, das in Maastricht (wenn auch geringfügige) neue Rechte erhalten hat? Genau genommen hätte Dänemark keinen Anspruch mehr darauf, einen der siebzehn EG-Kommissare zu stellen und an den Gipfeln der europäischen Staats- und Regierungschefs teilzunehmen.

Zu Recht wird in Brüssel darauf hingewiesen, daß die unvermeidlichen juristischen Komplikationen das heute schon als undurchsichtig und undemokratisch kritisierte Europa zu einer Karikatur seiner selbst machen würden.

Ein Europa à la carte oder ein großzügiges *opting out*, bei dem die Dänen sich das herauspicken, was ihnen paßt, soll es auf keinen Fall geben. Folglich wären auch Nachverhandlungen sinnlos, die einen dänischen Sonderstatus zum Ziel hätten. Schon wegen der „Proliferationsgefahr“ gilt statt dessen die (vor allem von Deutschland und Frankreich geforderte) Strategie des „Alles oder nichts“. Das heißt: Wenn die Dänen den Partnern nicht folgen wollen, dann müssen sie selber die Konsequenzen ziehen und ihre EG-Mitgliedschaft aufgeben.

Als Auffangposten könnte der Europäische Wirtschaftsraum (EWR) dienen, in dem Anfang 1993 die sieben

Länder der Freihandelszone Efta ein engeres Verhältnis zur EG eingehen. Er bringt sie in den Genuß der Vorzüge des Binnenmarktes, verwehrt ihnen jedoch eine Mitsprache in Angelegenheiten der Gemeinschaft. Der EWR ist allerdings eine Institution ohne Zukunft, da bereits vier seiner sieben Mitglieder einen Antrag auf Beitritt zur EG gestellt haben.

Ein Europa ohne Kopenhagen mag sich in Brüssel niemand vorstellen. Viele Hoffnungen werden deshalb auf ein erneutes Referendum gesetzt, bei dem es nicht um ein Ja oder ein Nein zu Maastricht geht, sondern um die Frage: Sind Sie für Maastricht oder für ein Ausscheiden aus der EG?

Klaus-Peter Schmid